

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 20/0833-01

Status: öffentlich

Datum: 12.11.2020

Konnexitätsbericht 2021 der Stadt Mülheim an der Ruhr

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen
und CDU**

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Finanzausschuss	23.11.2020	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU beantragen:

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, einen „Konnexitätsbericht 2021“ vorzulegen, in dem in einer Gesamtbetrachtung alle städtischen Pflichtaufgaben im Detail - mit einer Darstellung der damit verbundenen Sach- und Personalkosten und mit einer Gegenüberstellung der vom Bund und Land NRW zugesagten bzw. eingeräumten Zuschüssen (Ist 2019/ 2020 und Plan 2021) – benannt und erläutert werden.

Sachverhalt:

Bei der Beratung der Mülheimer Haushalte wurde vom Stadtkämmerer und von den Ratsfraktionen seit längerem die Problematik angesprochen, dass die besonders defizitäre Haushaltslage auch in der nicht ausreichenden Finanzierung der städtischen Aufgaben durch Bund und Land NRW begründet ist.

Mit dem Konnexitätsbericht 2021 könnte auch die bisher von der Verwaltung zugesagte jährliche Berichterstattung über die Beteiligung der Stadt Mülheim an der Ruhr an Förderprogrammen der Europäischen Union, des Bundes bzw. des Landes NRW in sinnvoller Weise ergänzt werden. Der angeforderte Konnexitätsbericht 2021 ist auch eine gute

Ergänzung der von der Verwaltung zwischenzeitlich aktualisierten Fördermittel-Kataster, die aber nur den Bereich der Investitionsförderung abdecken.

Die antragstellenden Fraktionen sind der Auffassung, dass der geforderte Konnexitätsbericht bei den weiteren Bemühungen der Stadt Mülheim an der Ruhr behilflich sein kann, die auch nach wie vor nicht auskömmliche Finanzierung der vom Bund und Land NRW gesetzlich aufgetragenen Erledigung von Pflichtaufgaben sichtbar zu machen.

Der Konnexitätsbericht 2021 dient nicht zuletzt auch der intensiven Vorbereitung der Entscheidungen über den städtischen Haushalt (2021ff.).

Nicht zuletzt der 1. städtische Konnexitätsbericht 2012 sorgte für mehr Transparenz und Klarheit, in welchem Umfang und in welchen Aufgabenfeldern das auf Bundes- und Landesebene immer wieder betonte und gewürdigte Konnexitätsprinzip („Wer Leistung bestellt, muss sie bezahlen“) beachtet wird. Mit der Aktualisierung bzw. Fortschreibung dieses ersten Konnexitätsberichtes könnten ggf. auch Fortschritte heraus gearbeitet werden.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender

Dr. Siegfried Rauhut
Ausschusssprecher

Björn Maue
Ausschusssprecher